



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

-i-: Wiener Brief

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Wiener Brief



ieses Jahr gibts wirkliche Sommerferien in der Politik, sowohl diesseits wie jenseits der Leitha. Im vergangenen Sommer führte Graf Rhuen im Pester Parlament den Kampf nach der gemüthlichen Methode, aber er kochte nach diesem Verfahren die Dpposition doch nicht weich. Graf Tisza verfuhr nach anderen Rezepten und hat einige Eier zerbrochen um den Kuchen zu backen. Nun wird das Echo der letzten Ereignisse im ungarischen Parlament natürlich auch in den Sommerferien ertönen, aber nicht allzu laut; denn erstens ist Ungarn ein vorwiegend agrarisches Land, wo die Leute im Sommer reichlich beschäftigt sind, zweitens besitzt es ein recht kontinentales Klima und eine gediegene Sommerhitze. Und das macht den Aufenthalt in überfüllten Wirtshausstuben zu keinem sonderlichen Genuß. Die Löwen der Dpposition sammeln denn auch größtenteils an kühlen Orten neue Kräfte, Kossuth befindet sich in Nauheim, Justh in Karlsbad, und pflegen ihren erholungsbedürftigen Leib, um ihm im Herbst wieder etwas zumuten zu können. Nur der nimmermüde Graf Apponyi hat sich gleich in die Versammlungstätigkeit gestürzt.

Was soll nun der Herbst in Ungarn bringen? Die einen reden von Veröhnung der Dpposition; die Wehrgesetze können natürlich nicht mehr aus der Welt geschafft werden, sie sind bereits sanktioniert und stehen in Kraft. Aber in einem kurzen Gesetz sollen sie gewissermaßen in Bausch und Bogen neu bewilligt und dabei soll erklärt werden, daß sie auf ungesetzliche Art zustande gekommen seien. Man muß sehr naiv sein, um an eine solche Lösung, wie sie von der Dpposition gefordert wird, zu glauben. Daß man Tisza dem Zorne der Dpposition opfert, ist möglich; aber nur deshalb, weil Tisza selbst seine Mission als Präsident vorläufig als beendet erachtet und es ihm auch zweckmäßiger erscheinen mag, den Kampf gegen eine Wahlreform, die ihm

unannehmbar erscheint, nicht vom Präsidentensitze aus zu führen. Ganz schlaue Leute haben sogar das Gerücht aufgebracht, Graf Tisza werde im Herbst den gemeinsamen Finanzminister Bilinski ablösen, der als österreichischer Ministerpräsident einen von ihm lange gehegten Traum verwirklichen werde. Der Gedanke erinnert an die Praxis der französischen Liberalen, die die Kongregationen zwar aus dem Lande gejagt haben, sich ihre Tätigkeit im Orient aber gerne gefallen lassen. Ins ungarische übertragen heißt das etwa: Tisza ist nun einmal ein scharfer Köter, man hat ihn fehlerhafterweise auf uns losgelassen, er soll aber lieber die Österreicher beißen und er hat dann unseren vollen Beifall. Es wäre wirklich sehr schön — wird aber doch wohl nur ein Gedanke bleiben, dessen Vater der Wunsch der Magyaren war.

Ganz ausgeschlossen ist es, daß der Kaiser Lukacs fallen ließe. Freiwillig würde Lukacs aber niemals gehen; das ist er schon seiner hübschen jungen Frau schuldig, die den Ehrgeiz ihres Gatten anstachelt. Das Wahrscheinlichste ist, daß die Opposition ins Haus zurückkehren wird, auch wenn die Altäre nicht von Opfern rauchen; Graf Tisza wird solange Präsident bleiben, bis er sieht, daß die Opposition sich an den neuen Ton gewöhnt hat und nicht mehr Skandal macht. Und dann wird in parlamentarischen Formen ein Kampf um die Wahlreform beginnen, der der Opposition vielleicht einige Genugtuung bringen könnte. Denn vermutlich wird sich bei dieser Gelegenheit der Gegensatz zwischen Tisza und Lukacs enthüllen, die sich schon lange persönlich nicht ausstehen können (es ist der Gegensatz zwischen dem stockkonservativen Aristokraten und dem durch tausend Listen in die Höhe gestiegenen Emporkömmling). Dazu kommen aber in der Frage der Wahlreform auch noch schwerwiegende sachliche Meinungsverschiedenheiten; Lukacs ist jedenfalls bereit, den Freunden einer wirklichen Wahlreform weiter entgegenzukommen als Tisza. Kann freilich die Opposition daran eine reine Freude haben? Graf Apponyi steht in dieser Frage dem Grafen Tisza näher als dem Ministerpräsidenten; so wird man vielleicht das Schauspiel erleben, daß die Geister sich ohne Rücksicht auf die bestehenden Parteigruppierungen unter ganz neuen Gesichtspunkten scheiden.

In Österreich bestand über die glatte Verabschiedung der Wehrvorlagen schon seit Monaten kein Zweifel; und es war sonderbar, wie die Sache immer leichter aussah, je näher die Entscheidung kam. Vor etwas über einem Jahre mußte Bienerth gehen, ohne daß ein vernünftiger Grund dafür vorlag; denn die Neuwahlen hatten die parlamentarischen Verhältnisse keineswegs zu seinen Ungunsten verschoben. Aber unverantwortliche Kreise in der Umgebung des Monarchen wiesen darauf hin, wie unbeliebt Bienerth bei den Tschechen sei, ihm würde es nimmermehr gelingen, sie für die Regierungsmehrheit zu gewinnen und so die Zweidrittelmehrheit zu schaffen, die zur Annahme der Wehrvorlagen notwendig ist.

Der weitere Verlauf der Dinge hat dann gezeigt, daß es mit der Demission Bienerths mindestens noch ein Jahr Zeit gehabt hätte und wenigstens die klägliche

Episode Gautsch, in der diese „bewährte Unfähigkeit“ den Völkern Österreichs eine Abschiedsvorstellung gab, wäre uns erspart geblieben. In gewisser Art war die Abstimmung über die Wehrvorlagen wirklich eine Offenbarung: sie hat gezeigt, daß man bei einigem festen Willen in Österreich, ebenso wie in Ungarn wirklich noch alles Mögliche durchsetzen kann. Und bezeichnend genug: es kam lediglich auf den Willen der Krone an. Der Kaiser wollte und hinter ihm stand der Thronfolger und wollte auch mit einer Energie, die vor dem Kaiser den Altersunterschied von vierunddreißig Jahren und ein an sich stärkeres Temperament voraus hat. Was die Regierung in Österreich an Tatkraft aufbrachte, war wahrhaftig nur der Widerschein des Willens an der höchsten Stelle; und auch nur deshalb wurde dieser Wille beachtet. Bei der Regierung fehlten denn auch nicht jene Rückfälle in die hier ortsüblichen Methoden, die etwas Tragikomisches haben und an eine politische Kinderstube mahnen. Da war der Zwischenfall mit den Ruthenen. Die dreißig Ruthenen drohten mit der Obstruktion, weil ihre — gewiß berechtigten — Wünsche bezüglich der Errichtung der ruthenischen Universität nicht erfüllt wurden. Sie taten es, weil sie vor den Radikalen in ihrer eigenen Partei und vor ihren Wählern Angst hatten. Aber sie hätten gewiß nachgegeben, wenn ihnen der Ministerpräsident nur mit dem kaiserlichen Zorn gedroht hätte; so aber erlebte man das wunderliche Schauspiel, wie der Stellvertreter des Ministerpräsidenten in jeder Rocktasche eine Belobigung trägt, eine für die Polen und eine für die Ruthenen, und die für die Polen zwei Stunden später anbringen kann als die für die Ruthenen, weil die polnischen Abgeordneten offenbar keine Leidenschaft für Frühauftreten haben. Und wegen dieses Quarks kam es beinahe zu einer Ministerkrise. Freilich nur insoweit Quark, als der Anlaß in Frage kommt; die Neigung nach einer Umgestaltung des Ministeriums geht beim Polenklub tief genug. Dann hatte man ein nettes Erlebnis bei der Frage der Dienstsprache der Landwehr. Es war ausgemacht worden, daß die Vorlagen unverändert angenommen werden sollten und keine Partei für sich dabei etwas heraus schlagen dürfe. Aber die Katz kann das Mäusen doch nicht lassen; da kamen denn Tschechen, Polen usw. und forderten, man möge die Erwähnung der Dienstsprache der Landwehr, die nach der Vorlage die des gemeinsamen Heeres sein sollte, weglassen, und der Landwehrminister Georgi, ein tapferer General, der gewiß im Kugelregen nicht mit der Wimper zucken würde, bekam Angst, die Mehrheit für die Wehrvorlagen ginge in die Brüche. Man macht sich keine Vorstellung davon, welches Quantum an Angstgefühlen österreichische Minister aufbringen können; sie fürchten sich vor ihrem eigenen Schatten. Hätte Georgi diese Angst nicht gehabt, so hätten die Slaven natürlich ihren Antrag zurückgezogen. Dann kam die Tapferkeit beim Minister wieder an der falschen Stelle heraus: im Herrenhaus bekannte er seinen Fehler, daß er sich die Geschichte nicht früher überlegt und die Dienstsprache überhaupt aus der Vorlage herausgelassen habe. Das Bekenntnis ehrte ihn — als Menschen.

Raum waren die Wehrvorlagen angenommen, so hatte man das Gefühl, als ob die Parteien ob der nützlichen Leistung Reue empfänden und nun erst tobte sich die Kinderstube voll aus. Der Besuch des Unterrichtsministers beim Sokolfest in Prag gab dazu den nächsten Anlaß. Es ist wirklich schwer, dem Nicht-Österreicher einen Begriff davon zu geben, was hier zu einer Haupt- und Staatsaktion wurde. Die Tschechen feierten ein allslawisches Sokolfest. Sonst war bei solchen Anlässen an allerlei politischen Entgleisungen kein Mangel; diesmal war die Parole ausgegeben, alles zu vermeiden, was bei Hofe Anstoß erregen könnte. Das hängt mit der Schwenkung zusammen, die die tschechische Politik seit der Annexionskrise im Jahre 1908 vorgenommen hat; die Seelengemeinschaft mit Serben und Russen, die die Tschechen damals befundeten, ist ihnen schlecht bekommen. Der Staat und seine Lenker mögen sich dieses Wandels freuen. Wenn man aber den Tschechen gerade bei dieser Gelegenheit ihren neu- oder wiedergefundenen Patriotismus attestieren wollte, so mußte man sich doch die Konsequenzen überlegen, die die anderen Völker daraus ziehen müssen. Heute ein allslawisches Turnerfest, morgen vielleicht ein allgermanisches, ein alldeutsches, ein allpolnisches, ein allitalienisches usw. Verständigerweise sollte kein Volk der vielsprachigen Monarchie an der Pflege seiner nationalen Gemeinschaft mit seinen Volks- oder Rassegenossen außerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle gehindert werden — die Deutschen wären doch töricht, wenn sie solche Forderung erhöben — aber der Staat kann doch alle diese Gefühle nicht verstaatlichen. Er muß in Österreich zufrieden sein, wenn ihm die Vernunft der Völker gehört, die Gefühlswelt möge sich auf nationalem Gebiete ausleben. Aber die Tschechen wollten nun einmal bei diesem allslawischen Fest die politische Harmlosigkeit regierungsseitig bestätigt bekommen, was nach ihrer Meinung nur dadurch geschehen konnte, daß ein Minister, und zwar ein deutscher Minister, das Fest besuchte. Vom deutschen Standpunkte konnte man vernünftigerweise dazu doch nur sagen: wenn die Regierung das Risiko auf sich nehmen will, sich lächerlich zu machen, so möge sie es ruhig tun. Diese Gefahr lag ja in der Tat nahe; welche Gewähr war dafür geboten, daß der Unterrichtsminister nicht irgend eine panslawistische Hezrede mit anhören mußte, ohne selbst die Möglichkeit zu haben, rechtzeitig fortzugehen, weil er sie nicht verstand? Und an den Deutschen wäre es gewesen, sich genau darüber zu unterrichten, was bei diesem Feste alles gesprochen wurde. Die Rücksicht auf die Wähler verlangte es freilich anders; und so schoß denn die deutschradikale Partei einige harmlose Völler in die Luft, entfernte sich bei der Abstimmung über das Budgetprovisorium (weil sie darüber beruhigt war, daß es doch angenommen werden würde), und erklärte der Regierung und insbesondere dem Unterrichtsminister ihr Mißtrauen (hätte sich aber wohl gehütet, das Ministerium zu stürzen, ohne vorher zu wissen, was nachkommt). Das Verhalten der Regierung war das heitere Gegenspiel hierzu; auf einmal fuhr der Unterrichtsminister nach Prag, nur um die Hochschulen zu besuchen, wohnte offiziell nur der Enthüllung des Palach-

denkmales bei, dem Schauturnen der Sokols nur inoffiziell (worin er sich vom Delegierten des russischen Unterrichtsministeriums unterschied, der offiziell dabei war) und von Prag reiste er in den deutschen Böhmerwald, um offiziell den Passionsspielen in Hörtitz anzuwohnen (was von deutscher Seite aber keineswegs einem tschechischen Turnerfest gleichwertig erachtet wurde). Die Exzesse gegen deutsche Studenten in Prag anlässlich des Sokolfestes gossen dann wieder neues Öl auf die Lampe. Diese Exzesse wären zweifellos zu vermeiden gewesen, wenn die Prager Polizei sich geschickter benommen und etwa der Statthalter sich herbeigelassen hätte, sich mit den Rektoren der deutschen Hochschulen darüber zu verständigen, wie sich Sokolfestzug und Studentenbummel nacheinander und nicht nebeneinander auf dem Graben entfalten könnten. Denn daß man in den führenden tschechischen Kreisen den Konflikt vermeiden wollte, steht fest; daß er nicht weiteren Umfang gewann, zeugt übrigens dafür, wie bisher und vielleicht in Zukunft wieder der Prager Mob ein stets verwendungsbereites Requisite der tschechischen Politik ist, das diesmal gewissermaßen nur durch einen Regierungsfehler in Tätigkeit trat.

Daß die Tschechen den Zusammenstoß mit den Deutschen vermeiden wollten, hängt damit zusammen, daß es ihnen diesmal mit dem Ausgleich wirklich ernst ist; und sie fürchteten nicht mit Unrecht, daß sie für die Genugtuung, ein paar deutsche Studenten geprügelt zu haben, Zugeständnisse machen müßten, die das vorübergehende Vergnügen nicht wert ist. Über die Bedeutung des Ausgleichs werde ich vielleicht noch Ausführlicheres sagen, wenn er wirklich abgeschlossen ist. Soll er zustande kommen, so müssen die Tschechen zweifellos mehr geben als sie erhalten; das kommt aber daher, daß sie sich zu Unrecht manches angeeignet haben, was sie auf die Dauer nicht behaupten können. Dieser Besitzstand, z. B. ihr Überwiegen in der Beamtenerschaft, ist ihnen eben nicht verbrieft und kann ihnen wieder entrissen werden, und so erscheint es ihnen zweckmäßiger, sich mit den Deutschen friedlich auseinanderzusetzen. Außerdem ringt sich aber die Erkenntnis bei ihnen mehr und mehr durch, daß Deutsche und Tschechen sich raufen und die Polen dabei die lachenden Dritten sind. In reicher Fülle gewährt jedes Budget dem Lande Galizien und dort natürlich vor allem den Polen reiche Gaben, in die sich Deutsche und Tschechen friedlich teilen könnten. Man kann sich denken, daß die Polen von dieser Aussicht nicht gerade entzückt sind; schon im Jahre 1890 scheiterte der deutsch-tschechische Ausgleich nicht zuletzt durch die Intrigen des damaligen polnischen Finanzministers Dunajewski. Zum zweiten Male gelingt das Spiel nicht so leicht, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der böhmische Landtag noch im Laufe dieses Monats einberufen wird, um die Ergebnisse der Ausgleichsverhandlungen — es handelt sich ja vorläufig nur um ein Teilergebnis — durch gesetzliche Festlegung in Sicherheit zu bringen.

Ist dies der Fall, dann stehen wir im Herbst bei Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit einer ganz neuen Lage gegenüber, die mit der Notwendigkeit

eines Kabinettswechsels aus anderen Gründen zusammenfällt. Der Ministerpräsident Graf Stürgkh wird die volle Gebrauchsfähigkeit seines Auges (auf einem ist er schon seit Jahren blind) kaum wiedererlangen, das Ackerbauportefeuille ist durch den Tod Brafs verwaist, der Handelsminister und der Finanzminister sind leidend; aber auch ein physisch stärkeres Kabinett als dieses hätte es schwer, dem Ansturm der Parteien, die eine Parlamentarisierung fordern, standzuhalten; zudem dieses Kabinett vom Parlament Dinge zu fordern hat, die ihm der § 14 nicht gewähren kann: neue Steuern. Wer dann kommen wird: Bilinski, Fürst Thun, Baron Heinold, ist heute noch ein müßiges Fragespiel. — i —



## Die naturwissenschaftliche Weltanschauung als Schöpferin der französischen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts

Von Dr. P. Hauck-Essen

### 2. Der konsequente naturwissenschaftliche Positivismus und der Roman Flauberts



Die Inkonssequenzen in der naturwissenschaftlichen Weltanschauung des Zeitalters zwischen 1830 und 1850 konnten nicht unbemerkt bleiben. Je mehr man sich in den neuen Geist einlebte, desto weniger schreckte man vor den letzten Folgerungen zurück. Die neue Kunst selbst, welche noch nicht voll und ganz, aber doch in ihren Hauptzügen den Postulaten des Positivismus entsprach, führte die Geister weiter zu der neuen Weltanschauung hin. So kam es, daß die neue Auffassung der Kunst nach 1850 viel leichter alle Folgerungen ziehen konnte als nach 1830. Welche Veränderungen nun hat diese fortschreitende Entwicklung des Positivismus nach der Breite und nach der Tiefe in der Theorie und Praxis der Dichtkunst hervorgerufen? Unterscheidet sich der Roman nach 1850 wesentlich von dem Roman Bayles und Balzacs? Diese Unterschiede müssen wir dann in Beziehung setzen zu der naturwissenschaftlichen Weltanschauung und ihren Wandlungen. Da es uns nur auf die Beantwortung der allgemeinen Frage ankommt, so wird es auch hier genügen, uns mit dem führenden Geiste der literarischen Bewegung jener Zeit zu beschäftigen, mit Gustave Flaubert, zumal völlig unbestritten ist, daß er überhaupt den nachhaltigsten Einfluß auf die französische Literatur der Folgezeit ausgeübt hat.

Sein Hauptwerk „Madame Bovary“ macht gleich auf den ersten Blick einen völlig anderen Eindruck als die Werke Bayles und Balzacs. Abgesehen von